

Zukunft in Bochum gemeinsam gestalten - Die Krise als Chance?

Marco Höfler, Daniel Krüger und Julia Molck: Studierende des Masterstudiengangs Management und Regulierung von Arbeit, Wirtschaft und Organisation berichten über den ersten Bochumer Disput

Politik, Wissenschaft und Kultur in der Debatte

„Bochumer Dispute – Globalisierungskonflikte vor Ort“ ist eine jährlich stattfindende Veranstaltung mit Diskutanten zu verschiedenen Themen am Institut für Soziale Bewegungen der Ruhr Universität. Die Eröffnungsveranstaltung widmetet sich dem Konflikt „Opel – wie weiter?“. Eingeladen waren Vertreter aus der Politik (Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz, Norbert Lammert, Bundestagspräsident), der Wissenschaft (Prof. Dr. Elmar Weiler, Rektor der Ruhr-Universität, Prof. Dr. Ludger Pries, Lehrstuhl für Migration, Partizipation und Mitbestimmung, Dr. Manfred Wannöffel, Gemeinsame Arbeitsstelle RUB/IG Metall), Kultur (Anselm Weber, Intendant des Schauspielhauses Bochum) und betriebliche Akteure, Reiner Eienkel, Betriebsratsvorsitzender von Opel Bochum.

Strukturwandel im Ruhrgebiet als Erfolgsgeschichte - Zwischen politischer Flankierung und gesellschaftlicher Solidarität

Wird über die Begrifflichkeit des Strukturwandels diskutiert, so lässt sich dem Ruhrgebiet als polyzentrischer Verbund großer kommunaler Gebietskörperschaften ein gewichtiger Symbolcharakter schwerlich absprechen. Insbesondere die Stadt Bochum hat im Zuge des Zechensterbens beginnend Ende der 1950er Jahre bereits in der Vergangenheit eindrucksvoll erlebt, welche Bedeutung eine erzwungene wirtschaftliche Neuorientierung durch den Wegfall zentraler Wirtschaftssektoren mit sich führt.

Durch eine politisch flankierte und monetär gestützte Verlagerung industrieller Produktionslinien, war es jedoch zum damaligen Zeitpunkt geglückt, neue Hoffnungen und zentrale Impulse für Beschäftigung und wirtschaftliche Prosperität zu setzen. Das dadurch freigesetzte "Glück-auf-Gefühl" wird jedoch umso schmerzhafter durch den Verlust der Handyproduktion Nokias im Jahre 2008 als auch der Schließung der Opelwerke im Dezember 2014 insbesondere in Bochum getrübt. Ein mulmiges Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber anonymisierten Marktprozessen auf globaler Ebene wird mit jedem Tag ein Stück greifbarer.

Doch die Diskutanten des ersten Bochumer Disputes offenbaren neben all der angstgezeichneten Grundstimmung und aktuell verbreiteter Krisenrhetorik ernsthafte Lichtblicke. Die Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum - Ottilie Scholz - betont hierbei zunächst die wichtige Hilfestellung der Landes- und Bundesebene bezüglich des Krisenmanagements im Falle Opel sowie die vorbildliche Solidarität der Zivilbevölkerung durch Protestdemonstrationen mit über 20.000 Menschen. Auch der Betriebsratsvorsitzende bei Opel Bochum - Rainer Eienkel - erlebte diese zivile Unterstützungsbekundung äußerst positiv. Es sei insgesamt erkennbar, dass die Gesellschaft den Abwanderungsprozessen unter einem Deckmantel der Globalisierung nicht geräuschlos gegenübersteht, sondern aktiv für die Rechte und Interessen der Beschäftigten eintritt.

Ludger Pries - Professor für Mitbestimmung und Partizipation der Ruhr-Universität Bochum - schildert den Kampf der Opelaner zudem als international außerordentlichen Prozess. Vergleichbare Produktionsstädte, beispielsweise in den USA, hätten lediglich zwei Monate zwischen dem Beschluss zur Schließung und dem letzten Arbeitstag aufgewiesen.

Hierbei zeige sich aus seiner Sicht der Erfolg der für das Ruhrgebiet typischen und weltweit sehr einzigartigen kooperativen Konfliktpartnerschaft zwischen Politik, Wirtschaft und Sozialpartnern, was sich schlussendlich in einer entsprechend intensiven und konfliktfähigen Kultur der Zusammenarbeit widerspiegeln würde.

Auch durch den Bundestagspräsidenten, Norbert Lammert, wird eine insgesamt positive Bilanz im Umgang mit den konfliktreichen Herausforderungen festgehalten. Der Strukturwandel sei als ein dauerhaftes Thema in der Historie des Ruhrgebietes zu beschreiben, für ihn jedoch in der Sache eine fast einzigartige Erfolgsgeschichte im Hinblick auf dessen gut koordinierte gesamtgesellschaftliche Steuerung. Politisch gesetzte Rahmenbedingungen wie die Montanmitbestimmung hätten beispielsweise dazu beigetragen, dass trotz enormen strukturellen Arbeitsplatzverlusten die faktische Arbeitslosigkeit nicht ansatzweise in äquivalentem Maße gestiegen sei. Die Wahrnehmung, dass es dem Ruhrgebiet immer schlecht ginge bleibe allerdings relativ stabil, das, was aber geschafft wird, werde nach seiner Auffassung nur bedingt beachtet.

In Ergänzung dazu betont Lammert auch die Schwierigkeit der Diskrepanz in den Sichtweisen unterschiedlicher Regionen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Ruhrgebiet werde

häufig vergessen, dass enorme Hilfsleistungen zulasten anderer Regionen getätigt und diesen gegenüber im Wettstreit um Unterstützungsressourcen nur schwerlich dauerhaft zu vermitteln sei. Durch den Wegfall der Zechen und der darauf folgenden Verlagerung der Industrie im Ruhrgebiet sei jedoch eindrucksvoll bewiesen worden, dass ein Wegfall alter Strukturen nicht nur Probleme schaffen, sondern auch neue Chancen beherbergen würde.

Insgesamt bestand zwischen den Repräsentanten der kommunalen- und bundespolitischen Ebene jedoch schlussendlich breiter Konsens darüber, dass Politik lediglich Flankierungshilfen zur Bewältigung der Umstrukturierungen liefern und ihre lokalen Kontakte beispielsweise zur Stärkung der Solidarität mit den Betroffenen des Strukturwandels nutzen könne. Direkte Einflüsse bezüglich betriebswirtschaftlicher Entscheidungen durch international operierende Großunternehmen wie General Motors seien jedoch politisch nur marginal zu bewerkstelligen.

Als kritische Anmerkung soll hierbei allerdings in Frage gestellt werden, ob die Subventionspolitik der EU zur Unterstützung regionaler Unternehmensansiedlung nicht sehr wohl einen erheblichen Einfluss auf die Standortentscheidung von Unternehmen ausüben kann und vermeintlich sogar eine Ursache für sozial unerwünschte betriebswirtschaftliche Anreizstrukturen trägt.

„Weniger Schwarzmalerei, sondern mehr Selbstbewusstsein von Nöten!“

Prozesse selbst gestalten und nicht auf Lösungen aus Berlin hoffen. Elmar Weiler, Rektor der Ruhr Universität setzt seinen Schwerpunkt auf die Frage: Was ist jetzt zu tun? „Die Dinge ändern sich eben.“ Wichtig ist jetzt die Chancen, die sich ergeben zu nutzen. „Nicht nur in den Hochschulen steckt ein kreatives Potenzial, sondern in der gesamten Region. Die Bewerbung des „Charmes“ sieht er als wichtigste Herausforderung. „Kreativität beispielsweise im Theater schafft aber noch keine Arbeitsplätze“ hält Anselm Weber, Intendant des

Bochumer Schauspielhauses dagegen. „Aber es macht die Region attraktiv“. Das Schauspielhaus sei Teil der Stadt und wolle seinen Beitrag für die Gestaltung des Wandels leisten. Den Fokus liegt dabei vor allem auf dem Bild der Stadt und des Ruhrgebiets insgesamt. Mit dem Detroit-Projekt, werden erste Schritte in diese Richtung gegangen: Es wird deutlich in die Öffentlichkeit getragen, dass Bochum eben nicht den Weg einer kompletten De-Industrialisierung geht, sondern dass durchaus nach Alternativen gesucht wird.

Aus dem Publikum wird die Frage gestellt, ob die Darstellung der Situation nicht allzu rosig sei. Gibt es denn nicht doch eine Krise? „Ja, die gibt es“, betont Einkel. Die Leute fühlen sich als Verlierer, sie haben Angst um ihrer Zukunft. Es gibt mehr als ein Opel, BenQ und Nokia sind nur zwei Beispiele. Außerdem sind immer noch über 3000 Menschen im Werk beschäftigt und daran hängt eine Reihe von Zulieferern (u.a. Johnson Controls plant 600 Mitarbeiter zu entlassen). Die Gewerkschaft musste viele schmerzhaft Verträge abschließen.

Das wird auch ein Detroit-Projekt nicht ändern.

Chancen nutzen und Optimismus wagen: Das Ruhrgebiet als Innovationsstandort

Wie die Flächen der ehemaligen Opel-Werke im Anschluss genutzt werden können und wie es mit Bochum und der Region weitergehen soll, da sind sich die Diskutanten weitestgehend einig. Der Blick fällt hierbei allerdings vorrangig auf die Gesamtentwicklung und weniger auf das Schicksal der Opel-Mitarbeiter. Betriebsrat Einkel betont, dass Opel noch da sei und die Auswirkungen der Schließung nicht unterschätzt werden dürften. Es gehe zunächst auch um eine Begrenzung des Schadens für Region und Arbeitnehmer.

Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung stelle das Ruhrgebiet allein durch die gut ausgebauten Infrastruktur einen besonders attraktiven Standort dar. Elmar Weiler und Ludger Pries betonen die einmalige Gelegenheit das Ruhrgebiet stärker als Innovationsstandort zu etablieren. Beide heben dabei das Potenzial der Ruhruniversität und vor allem der *Universitätsallianz Ruhr* hervor: Die Menschen zögen längst nicht mehr immer der Arbeit hinterher, viel mehr suche die Arbeit inzwischen die qualifizierten Fachkräfte, so Weiler. Da zeige sich das große Potenzial durch den bereits vollzogenen Wandel des Ruhrgebiets zum Forschungs- und Hochschulstandort. Die Universitäten des Ruhrgebiets müssten vor allem gemeinsam nicht einmal den Vergleich zu international bekannten Eliteuniversitäten scheuen.

Er warnt vor allem davor, dass ein solches Gefühl schnell in reaktionäre Tendenzen umschlagen könne. Er weist auf den Sturm auf das Dortmunder Rathaus durch Mitglieder rechter Parteien am Tag der Kommunalwahl im Mai hin. Er begrüßt die Bemühungen der Stadt, einen Umgang mit der Schließung zu finden, betont aber auch wie wichtig es die Sorgen und Probleme ernst zu nehmen.

Das Projekt 2022, ein vom Betriebsrat mitinitiiertes Projekt für die Gestaltung Bochums für die Zeit nach Opel ist dieser allerdings nicht beteiligt. Mit diesem Projekt soll ein Umgang mit der Krise organisiert werden.

en, betont Ludger Pries. Er sieht in der Vernetzung von Forschung und Entwicklung vor allem Chancen für den Bereich von Zukunftstechnologien wie Elektromobilität. Man müsse vorrangig kleine innovative Unternehmen anziehen. Der Fall Opel habe gezeigt, dass große Einzelunternehmen ein hohes Risiko für die Arbeitsplatzsicherheit und die Entwicklung der Region mit sich brächten, betont Weiler.

Ein erster Schritt in der Ansiedelung neuer Unternehmen auf dem Gelände des Opel Werks I nach dessen Schließung ist indes getan: Der Paketdienstleister DHL äußerte Ende März sein Interesse daran, ein Paketzentrum für bis zu 600 Beschäftigte einrichten zu wollen. Inwieweit diese Pläne mit der Perspektive eines Innovationsstandortes vereinbar sind, bleibt in der Diskussion offen. Ludger Pries hebt allerdings hervor, dass auch im Bereich der Einfacharbeit Stellen geschaffen und erhalten werden müssten.

Oberbürgermeisterin Scholz merkt an, dass man genau wie nach der Schließung von Nokia wieder Gelder darauf verwenden könne, neue Standorte zu entwickeln. Dieses Mal sei die Dimension zwar größer, man habe aber aus den Erfahrungen mit Nokia gelernt und könne nun vor allem im Rahmen von *Bochum Perspektive 2022* aktiv den Wandel gestalten und die Chancen nutzen. Ein Prozess, der für sie

bereits von Anfang an durch Optimismus geprägt war. Es habe aber keinen Sinn zu jammern, man müsse die neue Chance nutzen. Die Wichtigkeit eines solchen Optimismus betont vor allem Anselm Weber: Wenn Bochum nach außen als unattraktiv und krisenhaft präsentiert würde, könnten interessierte Unternehmen abgeschreckt werden. Das Projekt unter dem Motto *This is not Detroit* leiste dazu einen Beitrag, das Ruhrgebiet sei als Ort des Wandels zudem auch für Künstler interessant. Offen bleibt letztlich, wie der Blick innovativer Unternehmen und Startups auf das Ruhrgebiet tatsächlich ausfällt, hier werden in der Diskussion vor allem Ziele und Richtungen vorgegeben.

Bundestagspräsident Lammert mahnt die Notwendigkeit von Wandel in der politischen Landschaft des Ruhrgebiets an. Man dürfe die Chance zum Zusammenwachsen nicht verpassen. Bisher behindere man sich durch die Konkurrenz zwischen den Städten. Das Ruhrgebiet – so ein Gedanke – könnte sein Potenzial als gemeinsame Metropole erheblich besser nutzen. Auch Elmar Weiler benennt das Problem, dass es im Ruhrgebiet zu viele Städte gäbe. Die Wahrnehmung von außen könne durch Größe gestärkt werden: Sowohl in Bezug auf die Universitäten als auch auf die Kommunen. Für ihn könne der Wandel jedoch vor allem durch Institutionen erfolgen. Das Zusammenwachsen der Universitäten sei hierfür ein gutes Beispiel und ein guter Anfang.

Marco Höfler, Daniel Krüger und Julia Molck